

Rehse möchte Infos zum ^{W6A} Rad-Prozess ^{03.04.}

Die Fraktion WNK/UWG möchte über den Verfahrensverlauf zum gegenläufigen Radverkehr auf der Telegrafstraße informiert werden. Das teilt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse mit. Wie berichtet, hatte ADFC-Ortsvorsitzender Frank Schopphoff das Verfahren für die Öffnung der Einbahnstraße für Räder angestrengt. „Ich bitte Sie, alle Ratsmitglieder wie auch die Öffentlichkeit über den Stand des Verfahrens zu informieren“, schreibt Rehse an die Verwaltung und den Bürgermeister. Da der Rat vor Zeiten das Thema in Gänze an sich gezogen habe, gehöre dazu auch die Vorlage der Schriftsätze nebst Begleitmaterial. Zum einen solle so der Ratsmehrheit stets zeitnah die Möglichkeit gegeben werden, gemeinsam mit der Verwaltung die optimale Strategie im Verfahren auszuarbeiten. Rehse: „Zum anderen haben die Bürger auch ein Recht darauf zu verfolgen, wie Herr Schopphoff den Willen der Mehrheit der Bürger missachtet, der Stadt Kosten verursacht und Schaden zufügt, nur um seine Partikularinteressen durchzusetzen.“ acs

Gegenläufiger Radverkehr - Klage ist eingereicht ^{BH 05.04.}

WNKUWG wünscht Informationen über Verfahren.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Dürfen Radfahrer künftig entgegen der Einbahnstraßenregelung auf der Telegrafstraße fahren? Mit diesem Thema wird sich das Verwaltungsgericht auseinandersetzen. Denn wie angekündigt, hat Frank Schopphoff, Vorsitzender des ADFC-Ortsverbandes, Klage eingereicht. Und er rechnet sich gute Chancen aus, auf rechtlchem Wege den gegenläufigen Radverkehr durchzusetzen.

Wie berichtet, folgte eine Mehrheit aus CDU, WNKUWG und Büfo in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr (StuV) dem Vorschlag der Verwaltung, die Ist-Situation aufrecht zu erhalten. Argumentiert wird, dass zunächst die Bebauung des Lochesplatzes abgewartet werden sollte, um die neue Verkehrssituation in diesem Bereich zu überprüfen. Diese Ergebnisse sollen dann im Fachausschuss vorgestellt werden. SPD, Grüne und FDP waren für den gegenläufigen Radverkehr.

Verkehrsbeschränkungen seien rein rechtliche Entscheidungen, bedürften keiner Mehrheitsbeschlüsse der Politik, argumentiert Frank Schopphoff. Er erinnert daran, dass der gegenläufige Radverkehr auf

Einbahnstraßen die Regel ist und vielerorts praktiziert werde. Nur in Ausnahmefällen könne das Einfahrverbot in Gegenrichtung verhängt werden – zum Beispiel bei einer besonderen Gefahrenlage.

Selbst der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft schätzt auf der Basis einer Sicherheitsbewertung von Fahrradstraßen und der Öffnung von Einbahnstraßen die in Gegenrichtung geöffnete Straßen als nicht unfallträchtiger ein.

Wie rasch die Richter ein Urteil fällen werden, ist ungewiss. Die WNKUWG möchte, dass alle Ratsmitglieder zeitnah und unabhängig von Sitzungsterminen wie auch die Öffentlichkeit über den Stand des Verfahrens in jedweder Hinsicht umfänglich informiert wird. „Da der Rat vor Zeiten das Thema in Gänze an sich gezogen hat, gehört dazu natürlich auch das Zur-Verfügung-Stellen der eigenen wie auch der gegnerischen Schriftsätze nebst Begleitmaterial“, schreibt die WNKUWG an Bürgermeister Bleek. Die Ratsmehrheit solle die Möglichkeit haben, gemeinsam mit der Verwaltung die optimale Strategie im Verfahren auszuarbeiten. Und die Bürger hätten ein Recht darauf, zu erfahren, wie die Verfahren läuft.

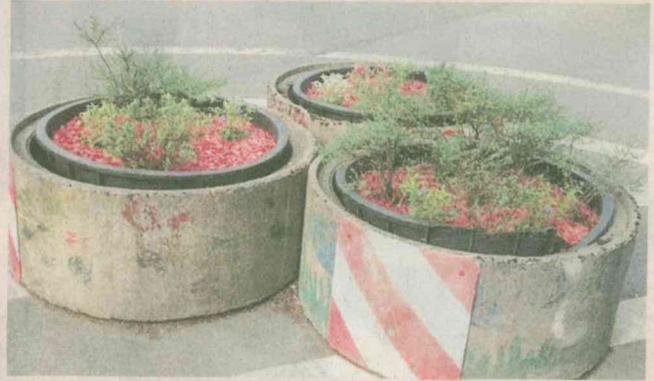
Wartezeit bei ^{WGA} 23.04 Entsorgung von Grünabfällen

Im Oktober vergangenen Jahres stellte die WNK UWG den Antrag, im Ausschuss für Umwelt und Bau über die Grünfallentsorgung in Wermelskirchen zu diskutieren. Denn es war immer wieder zu langen Warteschlangen an den Grünabfalltag gekommen. Teilweise hätten die Wartezeiten vor dem Kompostplatz an der Albert-Einstein-Straße bis zu zwei Stunden betragen. Hinzu komme, dass auf dem Platz selbst wenig Platz zum Entladen und Wenden eines Anhängers vorhanden sei. Deshalb solle die Grünabfallentsorgung optimiert werden, zumal es in Nachbarstädten wie Hückeswagen, Remscheid oder Burscheid jederzeit möglich sei, Grünabfall kostenlos zu entsorgen. Die WNK UWG kritisiert nun, dass das Thema über sechs Monate später, also im Ausschuss für Umwelt und Bau am Donnerstag, 26. April, 17 Uhr, Bürgerzentrum, immer noch nicht auf der Tagesordnung steht. kam

RGÄ MITTWOCH, 25. APRIL 2018

Heute

Bürgerin verschönert den Kreisverkehr



Die Kübel am Kreisel Mozartstraße sind neu bepflanzt.

Foto: Kind

Renate Kind aus der Mozartstraße hat erneut ihr bürgerliches Engagement für die Allgemeinheit unter Beweis gestellt. Darauf weist jetzt die WNK/UWG hin. Die Wermelskirchenerin hat den Kreisverkehr verschönert. Dazu versah sie die Blumenkübel mit Mulch und frischen Blumen. Zudem säuberte sie das Gelände. acs